Der Landrat verwies auf den gemeinsamen Antrag von den Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE und SPD (Tischvorlage 2) und auf den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion (Tischvorlage 4)

Abg. Kuhlmann erläuterte, dass die ÖPNV-Tarife im Gremium der VRS und nicht im Kreistag geregelt werden.

Er regte an, auf Empfehlungen zu verzichten, da andere Kreise und kreisfreie Städte ebenfalls auf Empfehlungen und Bindungsbeschlüsse verzichten würden.

Weiterhin teilte Abg. Kuhlmann mit, dass die Corona-Pandemie den ÖPNV in eine schwere Krise gestürzt habe. Auch die Prognose für das Jahr 2022 sehe nicht gut aus. Die Rettungsschirme von Bund und Land hätten einiges verhindert. Derzeit sehe es nicht so aus, als würden Bund oder Land im Jahr 2022 einen weiteren Rettungsschirm aufspannen.

Nach Ansicht von Abg. Kuhlmann, müssten aus diesem Grund die Tarife erhöht werden. Die Kommunen und die Kreise könnten die finanziellen Verluste nicht alleine kompensieren. Dadurch bedingt, müssten Fahrgäste einen Teil der Lasten über höhere Ticketpreise ausgleichen.

Zukünftig solle der ÖPNV barrierefrei und umweltfreundlicher umgebaut werden. Ein attraktiver und umweltfreundlicher ÖPNV habe seinen Preis und diesen sei der Kunde auch bereit zu zahlen.

Befragungen würden zeigen, dass nicht die Ticketpreise, sondern die Verfügbarkeit, die Flexibilität und die Zuverlässigkeit des ÖPNV für den Fahrgast die entscheidenden Kriterien seien.

Er hoffe, dass der Kompromissvorschlag der FDP-Kreistagsfraktion seine Zustimmung im Kreistag finde.

Abschließend fragte Abg. Kuhlmann nach, was eine Null-Runde bei den Tarifen für den Kreishaushalt bedeuten würde, sofern kein neuer Rettungsschirm aufgespannt werde.

Die Summe der Verkehrsverluste würde laut Kreishaushalt jetzt schon rund 51.000.000 € betragen.

Abg. Tandler teilte mit, dass der VRS durch die Coronasituation massive Einnahmeverluste zu verzeichnen habe.

Punkt 1 und 2 aus der eingereichten Tischvorlage 2 seien daher Appelle an die Bundes- und Landesregierung da die Kommunen die ÖPNV Umlagen nicht mehr stemmen können.

Der entscheidende Unterschied zum eingereichten Antrag der FDP-Kreistagsfraktion sei, dass den Bürgern keine weitere Tariferhöhung zugemutet werden könne.

Abg. Tendler sei froh, dass es gelungen sei mit den Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE diesen Antrag gemeinsam auf den Weg zu bringen und er bedanke sich hierfür bei den beiden Fraktionen.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass die FDP-Kreistagsfraktion eine Erhöhung der Tarife mit den Einnahmeausfällen durch Corona begründen würde. Um die Coronaausfälle kompensieren zu können bedürfe es einer Preiserhöhung von 15 bis 20%. Dies wäre der Todesstoß für den ÖPNV. Daher sei die Denkweise der FDP-Kreistagsfraktion nicht richtig.

Der VRS plane die Tarifierhöhung nicht zum Ausgleich der Coronaverluste, sondern u.a. zur Abdeckung der normalen Kostensteigerungen insbesondere aus Tarifierhöhungen aufgrund zu erwartender Tarifverhandlungen für Busfahrer.

Abg. Steiner griff die Frage des Abg. Kuhlmann auf und teilte mit, dass wenn der Rhein-Sieg-Kreis einer Tarifierhöhung wie der VRS sie vorschlage nicht nachkommen würde, Mehrkosten von ca. 500.000 bis 1.000.000 € auf den Rhein-Sieg-Kreis zukommen würden.

Ziel sei es jedoch, den ÖPNV wieder attraktiv zu machen und dazu gehöre das Ticketangebot.

Hierzu setze man sich auch für das Jobticket für Alle ein.

Durch das Jobticket für Alle könne sichergestellt werden, dass bestimmte Personengruppen nicht auf ein teures Monatsticket angewiesen wären.

Die Einführung des Jobtickets für Alle würde aber auch bedeuten, dass die Preise für bestimmte Ticketsegmente wieder erhöht werden müssten, um die Gesamteinnahmen wieder erzielen zu können.

Dies wäre jedoch keine Preiserhöhung, sondern eine Preisanpassung um in dem gesamten VRS-Tarifpaket auch günstige Angebote machen zu können.

Dadurch sei der Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE und SPD mit dem Appel versehen, für den ÖPNV eine dritte Säule zu schaffen die vom Bund und Land mit steuerfinanziert wäre.

Abg. Kemper teilte mit, dass er froh sei, dass die Fraktionen CDU- GRÜNE und SPD jetzt eine dritte Säule der Finanzierung einführen wollen.

Zukünftig wünsche er sich, dass die Fahrpreise mittelfristig auf Null gesenkt werden.

Dass eine dritte Säule zur Mitfinanzierung eingeführt werden soll sei der Schritt in die richtige Richtung, wenn auch ein viel zu kleiner.

Weiterhin gab Abg. Kemper an, dass die Erläuterung der FDP-Fraktion, wonach Verfügbarkeit, Flexibilität und Zuverlässigkeit entscheidender seien als der Ticketpreis lediglich für die Bürger gelten würde, denen ein ausreichendes Einkommen zur Verfügung stehe. Für die Bürger mit geringen Einkommen gelte dies aber gerade nicht.

Weiterhin bezog sich Abg. Kemper auf eine Untersuchung vom ADAC aus dem Jahr 2009. Demnach sei der VRS bei der Tageskarte der teuerste Verbund aller in Deutschland untersuchten Verbunde gewesen und bei der Monatskarte der zweitteuerste. Günstig sei der VRS daher nur in gewissen Ticketstufen. Die LINKE-Fraktion sehe daher die Verpflichtung, nicht nur die Preise stabil zu halten, sondern auch zu senken.

Abg. Krauß gab an, dass man nicht wisse wie sich die Pandemie auf das Arbeitsverhalten und auf das Mobilitätsverhalten der Menschen auswirken werde. Tatsache sei jedoch, dass man Fahrgäste beim ÖPNV verloren habe. Insofern ziele der gemeinsame Antrag von CDU, GRÜNE und SPD darauf ab, die grundlegenden Fragen zur Finanzierung des ÖPNV zu stellen und auch zu beantworten.

Entscheidend sei hierbei auch, dass der ÖPNV so finanziert werde, dass sichergestellt sei, dass der Mensch der das Fahrzeug, also Busse und Bahnen führe, von dem Einkommen eine Familie ernähren könne.

Man habe in der Pandemie Fahrgäste verloren und es sei jetzt das falsche Signal die Preise zu erhöhen.

Das Preissystem im VRS sei differenziert untersucht worden. Es gäbe Ticketsegmente im Einzelticket- oder im Viererticketbereich die deutlich in den oberen Regionen liegen würden. Es sei aber auch an die sozial Schwächeren mit der Diskussion um die Einführung eines Sozialtickets gedacht worden.

Abg. Krauß bedaure, dass man nicht die FDP-Kreistagsfraktion für den gemeinsamen Antrag gewinnen konnte.